



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preitzelle 20 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Das Wettrennen um die Gunst der Industriellen. — Der Stettiner Tarif. — Die Zahlstelle Dresden im Jahre 1912. — Korrespondenzen (Braunschweig, Hannover, Leipzig, Mainz, München, Straßburg i. El.). — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften. — Briefkasten. — Adressenveränderungen. — Anzeige.
Beilage: Aus dem Genossenschaftsleben. — Rundschau.

Für die Woche vom 2. bis 8. März 1913 ist die Beitragsmarke in das mit 10 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands- Vorstandes.

Der dieswöchigen Zeitungsendung liegt die statistische Karte für den Monat Februar bei. Dieselbe ist bis spätestens 4. März an den Verbandsvorstand einzufenden. Zahlstellen, die diesem Ersuchen nicht nachkommen, werden in der nächsten Nummer bekannt gemacht.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Das Wettrennen um die Gunst der Industriellen.

Die Industriellen sind über alles, das geeignet erscheint, ihren Profit zu schmälern, ungehalten und erbost. So auch über die Sozialpolitik und über die Arbeiterbewegung. Der Arbeiterschutz geht ihnen viel zu weit, und am liebsten möchten sie dem Staate jede Einmischung in „ihre“ Angelegenheiten rundweg untersagen. Da aber einem solchen Beginnen unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, versuchen sie es, die gesetzgebenden Körperschaften mit allen Mitteln von der Fortführung einer durchgreifenden Sozialpolitik abzuhalten. Entweder, so fordern die industriellen Herren, gar keine weiteren sozialpolitischen Gesetze, oder aber nur solche, die den Unternehmern nichts schaden und den Arbeitern nichts — nützen! Sie wollen in der Sozialpolitik das Prinzip der „weißen Salbe“ durchgeführt wissen!

Um zu ihrem Ziele zu gelangen, greifen die Industriellen zu PreSSIONsmitteln, indem sie der Regierung und den bürgerlichen Parteien mit der Entziehung der Existenzmittel drohen. Oder sie unterstützen der Regierung und den bürgerlichen Parteien die direkte oder indirekte Unterfütterung der Arbeiterbewegung und behaupten, daß durch diese Unterfütterung die Autorität des Unternehmertums und des Staates untergraben werde. Mit den grellsten Farben malen sie die Gefahren der Herrschaft der gewerkschaftlichen Führer und Vertrauensleute in den Betrieben aus. Sei es doch schon so weit gekommen, daß die bürgerlichen Parteien und die Regierung in einer Weise von dem „sozialpolitischen Doktrinismus“ beherrscht werden, daß sie förmlich wetteifern in

dem Bestreben, „die Lohnarbeiterchaft gesetzlich zu privilegieren“. Um aber die bürgerlichen Parteien ihrem Willen gefügig zu machen, erwohnen die Industriellen den Plan, eine selbständige politische Partei zu bilden. Aus diesen Absichten ergab sich eine planmäßige Korruptionierung der bürgerlichen Parteien. Der kürzlich verordnete Scharfmacher Dr. Alexander Tille sprach 1909 die Absicht der Korruptionierung offen aus: „Die Industriellen brauchen nur die Summen, die sie bisher für die bürgerlichen Parteien weggeworfen haben, der Arbeitgeberpartei zuzuwenden, und diese ist mit Mitteln reichlich versehen.“ Und kurz darauf wandte sich die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ gegen die nationalliberale Partei, indem sie schrieb: Gegenüber der Industrie habe man nur die offene Hand für deren Beiträge. Anders werde es erst, wenn die Industrie mit ihrem Opferlegen sich von dieser Partei abwenDET. Und es sollte anders werden — die bürgerlichen Parteien wollten sich den „Opferlegen“ und die Gunst der Industriellen nicht verschergen. Als die Konserverativen in marktstreiferischer Weise auf ihr volles Verständnis für die Wünsche und Bedürfnisse der Industrie hinwiesen und einer ihrer Wortführer rund heraus erklärte, daß nur die Konserverativen berufen seien, „die industriellen Arbeitgeber herauszubauen“, da beeilten sich vor allen anderen die Nationalliberalen, den Industriellen ihre Zuverlässigkeit nachzuweisen. Hervorragende Führer der nationalliberalen Partei erklärten, daß die Sozialpolitik naturgemäß eine Grenze haben müsse in der Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit der Industrie, und daß sie im Reichstag nicht nach den Theorien der Stubierstube Sozialpolitik machen könnten, sondern sich zu richten haben nach den Leuten, die die sozialpolitischen Lasten zu tragen hätten. Natürlich konnte sich die Regierung nicht anschließen. Und so ist es denn bei den diesjährigen Debatten über die Sozialpolitik im Reichstage unzweideutig zum Ausdruck gekommen, daß Schluß gemacht werden muß mit der Sozialpolitik.

Und wie bei der Sozialpolitik, so lagen auch die Dinge bei der Arbeiterbewegung, die es den Industriellen noch mehr angetan hatte als die Sozialpolitik. Es gehörte bald zum guten Ton in der bürgerlichen Politik, über den zunehmenden Terrorismus der organisierten Arbeiter zu zeteren und einen schärferen und nachdrücklicheren Schutz der Arbeitswilligen zu verlangen. Keine Partei des Bürgertums und kein Minister durfte es mit den Industriellen verderben, und wer sich ihrer Gunst verschern wollte, der mußte die einsehende Bewegung zur Herbeiführung eines größeren Schutzes der Arbeitswilligen mitmachen. Denn unter dem Deckmantel, die individuelle Freiheit des Arbeiters zu schützen, verbergte sich ja die Absicht der Industriellen, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschränken und die Arbeitskämpfe zu vermindern und auszuschalten. Auch hier gingen die Konserverativen allen anderen bürgerlichen Parteien voran, und ihre reaktionären Bestrebungen, die sich gegen die freien Gewerkschaften richteten, führten schließlich in diesem Jahre zu dem Un-

trag der konservativen Reichstagsfraktion, ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens zu erlassen. Doch das Bürgertum und die Regierungen haben böse Erfahrungen mit Ausnahmegesetzen, die sich gegen die Arbeiterbewegung richteten, machen müssen. Deshalb vermögen die übrigen bürgerlichen Parteien und die Reichsregierung dem rücksichtslosen Draufgängertum der Konserverativen nicht zu folgen. Doch wollen auch sie einen größeren Schutz der Arbeitswilligen. Zu Uebereinstimmung mit der Reichsregierung erklärt die „Nationalliberale Korrespondenz“ zur Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion dem konservativen Antrag gegenüber:

„Selbstverständlich (!) wünschen auch die Nationalliberalen einen wirksamen Schutz der Arbeitswilligen, sie halten aber den neuerdings von konservativer Seite vorgeschlagenen Weg der Einführung des Verbots des Streikpostenstehens für unangahor, sie sind vielmehr in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung der Uebereinstimmung, daß die Frage des Koalitionszwanges, und zwar für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer, nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Reform des Reichsstrafrechts geregelt werden kann. Bis dahin erscheinen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Abwehr terroristischer Ueberrgriffe als ausreichend, sofern diese nur mit der nötigen Energie zur Anwendung gebracht werden (!). Daß das Verbot des Streikpostenstehens allein ein untaugliches Mittel zur Abstellung der leider vorhandenen Mißstände (das heißt wohl besser: der leider nicht vorhandenen Mißstände) ist, das ist unseres Erachtens von dem Vertreter der Reichsregierung im Reichstage unter Zustimmung der Mehrheit des Reichstages erschöpfend dargelegt worden.“

„Selbstverständlich!“ wünschen auch die Nationalliberalen einen wirksamen Arbeitswilligenchutz — das ist so selbstverständlich, wie sie der Unterfütterung der Industriellen, wie sie des „Opferlegens“ der Industrie bedürfen. „Selbstverständlich“ möchten sie nicht, daß sich die Gunst der Industriellen in einem höheren Maße den Konserverativen zuwendet, oder sich gar ganz von ihnen, den Nationalliberalen, abwendet. Daß es sich um nichts weiter handelt, bei der bürgerlichen Stellungnahme zur Sozialpolitik sowohl wie bei der Stellungnahme zur Arbeiterbewegung, als um die Unterfütterung der Unternehmer, insbesondere der Großindustriellen, das tritt immer wieder deutlich in die Erscheinung, sobald die Rivalen aufeinanderstoßen. So sah sich der nationalliberale Abgeordnete Fußmann erst kürzlich wieder genötigt, gegen die konservativen Konkurrenz in dem Wettlaufen um die Gunst der Industriellen Stellung zu nehmen, und er führte in Essen, als Erwiderung auf eine Rede des konservativen Führers v. Heydebrand unter anderem folgendes aus:

„Wenn Herr v. Heydebrand in seiner Rede vor acht Tagen in Düsseldorf die Industriellen umworben hat, so wird er hier wenig Gegenliebe finden. Es ist bezeichnend, daß in dem offiziellen Bericht der konservativen Korrespondenz die wohlwollenden Aeußerungen v. Heydebrands über die

Industrie gefehlt haben. Ich erinnere an das Wort v. Sehderbrands vor zwei Jahren in Bielefeld: Das Maß der Freiheit, das die Industrie bedürfte, könne ihr nie in vollem Maße durch die Konserwativen gewährt werden."

So wird es denn immer offensichtlich, daß es sich bei den führenden bürgerlichen Parteien vornehmlich darum handelt, sich die Kunst und Unterstützung der einflussreichen Industriellen zu sichern. Es ist ganz klar, daß dieses Bestreben überall da vorwiegt und zum Ausdruck kommt, wo es sich um für die Interessen der Industriellen so schwerwiegende und bedeutungsvolle Dinge handelt, wie es bei der Fortführung der Sozialpolitik oder bei der Behandlung des Koalitionsrechtes der Fall ist. Daß bei diesem Bestreben um die Kunst der Industriellen die Interessen der Arbeiter schweren Schaden erleiden müssen, liegt auf der Hand. Die Interessen der Unternehmer und Arbeiter können nur einmal nicht überdrückt werden, solange nicht das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Lebensbedingungen anerkannt und durchgeführt worden ist. Und gerade den Kampf um das Mitbestimmungsrecht wollen die Scharmacher und Arbeiterfeinde den Arbeitern verleidern und unmöglich machen. — Es wird ihnen nicht gelingen!

Der Stettiner Tarif.

Nach etwa vierjähriger Pause ist es nun am 19. und 20. Februar gelungen, in Stettin zu erneuten torislichen Vereinbarungen zu gelangen. Eine Periode sorgesehten Kleinkampfes, verbunden mit nicht unbedeutenden materiellen Opfern und persönlichem Mergel auf beiden Seiten, ebnete endlich die Wege zur Verständigung, die man im beiderseitigen wohlverstandenen Interesse schon längst hätte gehen können. Gewiß sind die erzielten Lohnsätze angesichts der bereits herrschenden und demnächst noch zu erwartenden Leuerungsverhältnisse keine besonders günstigen, aber der Einwand der Prinzipalsvertreter, daß auch dem Kleinbetrieb die Möglichkeit des Anschlusses an den Tarif offen gehalten werden müßte, konnte und durfte angesichts der Stettiner gewerblichen Struktur von uns nicht unberücksichtigt gelassen werden. Hoffentlich erkennt man auch auf jener Seite an, daß wir in dieser Beziehung bis an die äußerste Grenze des Zulässigen gegangen sind. Für unsere Kollegenschaft aber erwächst nun die Pflicht, sich den neuen Verhältnissen in verständiger Weise anzupassen. Nicht aus dem Auge lassen darf sie, daß nur der Mithilfe des Verbandes dieses Resultat zu verdanken ist und daß bei einem erstmaligen Tarifverhältnis die materiellen Erfolge nicht für jeden — auf Marx und Pfenning berechnet — gleichmäßig ausfallen können. Jahrzehntelange Uebelstände, die die Einzelnen nicht den Mut und die Macht befehlen haben zu ändern, lassen sich naturgemäß auch durch eine Organisation nicht in wenigen Monaten vollständig aus der Welt schaffen. Schrittweise geht die Entwicklung, die wir am besten beeinflussen, wenn wir durch dauernden Anschluß und durch stete Werbearbeit unsere Reihen stärken. Aber nicht nur wir, sondern auch die Prinzipalität ist in gewissem Grade daran interessiert, daß eine starke und geschlossene Arbeiterorganisation hinter den neuen Vereinbarungen steht. Bekämpfung von Schmutzkonturrenz und Kontraktbruch sind leichter möglich, je mehr Berufsgenossen im Rahmen des Verbandes wirken, und der Haftvertrag, welcher nur für die Mitglieder der beiden Organisationen Gültigkeit hat, erhäft für sie dadurch erhöhte Bedeutung.

Neben einer Verkürzung der Arbeitszeit für fast sämtliche männliche Berufsangehörige wurden hinsichtlich des Lohnes folgende Vereinbarungen getroffen:

Der Minimallohn für Tagesarbeit beträgt vom ersten Zahltag im Monat April:

A. Männliches Personal:

1. Saalarbeiter (Hilfsarbeiter), Bader, Wogenfänger, Formwäscher:	
von 16—18 Jahren . . .	15,— M.
" 18—20 " . . .	18,— " "
über 20 Jahre . . .	20,— " "

2. Rotationsarbeiter, Abzieher, Ziegelanleger, Schnellpressenanleger, Schleifer, Papierschneider und Zähler, Falzer resp. Einstecker, Stereotypie- bzw. Schraffurmaschinenarbeiter:

von 16—18 Jahren . . .	16,35 M.
" 18—20 " . . .	18,55 " "
über 20 Jahre . . .	21,50 " "

3. Fertigmacher und Sieber für Rundstereotypie, Linksanleger:

von 16—18 Jahren . . .	17,35 M.
" 18—20 " . . .	19,55 " "
über 20 Jahre . . .	22,55 " "

Für volle Nachtarbeit findet ein Nachzuschlag von 5 M., für teilweise Nachtarbeit (geteilte Tag- und Nachtarbeit) ein Zuschlag von 3,50 M. statt.

B. Weibliches Personal:

1. Schnellpressenanlegerinnen, Punktierinnen, Papierschneiderinnen respektive Zählerinnen vom 16. Jahre an:

im 1. Vierteljahr 6,50 M.	
" 2. " . . .	7,50 " "
" 3. " . . .	8,50 " "
" 4. " . . .	9,50 " "

gebühte Anlegerinnen im Alter von 17—18 Jahren . . . 11,— M.
gebühte Anlegerinnen über 18 Jahre . . . 13,— " "

Linksanlegerinnen an Buchdruckmaschinen eine Mark mehr.

2. Ziegelanlegerinnen von 16 Jahren an:

im 1. Vierteljahr 6,50 M.	
" 2. " . . .	7,50 " "
" 3. " . . .	8,50 " "
" 4. " . . .	9,50 " "

gebühte Anlegerinnen im Alter von 17—18 Jahren . . . 10,— M.
gebühte Anlegerinnen über 18 Jahre . . . 11,75 " "

3. Falzerinnen und Einsteckerinnen in Zeitungsbetrieben, Wogenfängerinnen, Saalarbeiterinnen von 16 Jahren an:

im 1. Jahre . . .	6,50 M.
" 2. " . . .	8,— " "
dann . . .	11,75 " "

Diesigen, welche vorstehende Sätze erreicht resp. überschritten haben, erhalten einen Zuschlag von fünf Prozent auf den bisher bezogenen Lohn.

Für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis hat provisorisch auf ein Jahr das Tarifschiedsgericht der Buchdrucker die Funktionen übernommen. Als Organisationsvertreter sind hierfür die Kollegen Eichert und Schirmer bestellt. Der paritätische Arbeitsnachweis wird dem Buchdruckerarbeitsnachweis angegliedert, und haben die beiden oben genannten Kollegen von Arbeitnehmerseite die Beaufsichtigung übertragen erhalten. —dt.

Die Zahlstelle Dresden im Jahre 1912.

Es war ein kritisches Jahr für den Verband. Die Nachwehen der Bewegung im Steinbrudgewerbe machten sich in nicht geringen organisierten Schwierigkeiten bemerkbar. Eine kräftige Agitation mußte in allen Orten einsehen, hauptsächlich aber in den größeren Zahlstellen, die als Gaubvororte für einen bestimmten Agitationsbezirk gelten. Jetzt zeigen sich die Resultate der aufgewendeten Mühe. Sie befriedigen. Der Verband hat die nicht günstig verlaufene Bewegung gut überstanden. Die meisten Zahlstellen können von einem Mitgliederzuwachs berichten. Das sagt auch der Rechenschaftsbericht unserer Dresdener Verwaltung.

Hier brachte die Aussperrung im Steinbrudgewerbe den Anlegerinnen Lohn erhöhungen in mehreren Betrieben, weil die Kolleginnen nach Wendigung des Kampfes, dessen Leitung in Händen der Geschlisen lag, ihre Lohnansprüche erhöhten. Mehrere Unternehmer mußten wohl oder übel diesen berechtigten Forderungen nachkommen, wollten sie ihren Betrieb im vollen Umfange wieder aufnehmen. Sie merkten wohl, wer ihre Arbeiterinnen „aufgehört“ hatte, und ein Unternehmer versuchte sich dadurch zu rächen, daß er seinen Arbeiterinnen einen Revers unterschreiben ließ, wodurch sie sich verpflichteten, aus der Organisation auszutreten. Ein sehr probates Mittel, das leider nur einen Fehler hat, nämlich den, daß es nichts nützt. Die verbottenen Früchte zeigen

bekanntlich zum Genuß. Auch ist kein Arbeiter so dumm, dem Unternehmer auf die Nase zu binden, welche Mittel er zur Hebung seiner wirtschaftlichen Lage anwendet. Uebrigens geht es den Unternehmer gar nichts an, was sein Angestellter in seinem Privatleben tut und treibt. Das haben sich auch die Kolleginnen gesagt und sind trotz des Reverses und Verbotes dem Verbanne treu geblieben.

Der Hilfsarbeitertarif konnte in Dresden noch nicht zur Einführung kommen. Die Buchdruckprinzipale versagen ihm die Anerkennung, weil er nur zu „sozialdemokratischen Verheuzwecken“ benutzt werden soll. Merkwürdig, was doch so ein Tarif nicht alles für Unheil anrichten kann. Die Dresdener Verwaltung bemerkt zu diesem Ablehnungsgrunde: „Herr, vergiß ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“ Die Prinzipale gewährten ganz freiwillig allgemeine Zulagen, und zwar in einer Höhe, wie sie behaupten, welche der in anderen Orten eingeführte Tarif vorschreibt. Eine in Dresden aufgenommene Statistik beweist aber, daß von 20 Firmen, die dem Deutschen Buchdruckerverein angehören, nur 20 Zulagen gewährt haben, und nicht einmal alle dort beschäftigten Hilfsarbeiter sind in den Genuß der Zulagen gekommen. Im Durchschnitt haben die Herren ganze 5 Prozent zugelegt. Man hat also bestrebt, ein wenig zu stunkern.

Ueber Mißstände bei der Firma E. Heinrich mußte in der „Solidarität“ Kritik geübt werden. Das hat die genannte Geschäftsleitung sehr verschupft, und flugs wurde eine Anklage wegen Beleidigung gegen den Kollegen Paul Herrmann erhoben. Aber das grobe Vergehen hat seine Sühne noch nicht gefunden, denn die Anklage mußte vorerst zurückgezogen werden, weil Kollege Herrmann der Verfassung jenes Artikels nicht gewesen war und nicht, wie es in dem Geschäftsbericht der Dresdener Verwaltung lautet, weil die Geschäftsleitung jedenfalls eingesehen hat, daß die Schließungen nicht übertrieben waren. Jetzt ist der verantwortliche Redakteur angeklagt worden. Er erscheint nun „hinreichend verdächtig“, die Firma beileidigt zu haben. Der Verhandlungstermin ist auf den 6. März anberaumt worden, und man darf gespannt sein, was der Vertreter der Firma zu den gerügten Mißständen zu sagen hat. Um einiges sollen die hygienischen Zustände bei dieser Firma sich schon gebessert haben.

Die Dresdener Verwaltung berichtet auch kurz über den außerordentlichen Verbandstag in Berlin, spricht von der knappen Majorität, die die dort angenommene Resolution nur bekommen hat und verweist sich dann zu folgendem schönen Satz: „Die Dresdener Delegierten waren gegen die Resolution, da sie durch diesen Tarifsabschluß keinerlei Garantien geboten haben, daß auch die kleineren Druckorte bei vorhandenen Vorbedingungen ohne Kampf in den Besitz eines Tarifes kommen würden.“ Das ist sehr klar ausgebrückt und jeder mann weiß nun sofort, warum die Kollegen Franz und Paul Herrmann gegen die Resolution gestimmt haben. Sie dachten an die kleineren Druckorte wie Frankfurt, Elbing, Waldenburg, Stettin, Darmstadt, Cassel, bei denen die Vorbedingungen nicht vorhanden waren, die aber nun auch einen Tarif und zwar wie gewünscht „ohne Kampf“ bekommen haben. Ist so, dann haben sie sich bei der Abstimmung allerdings geirrt, denn es ist anders gekommen, als sie dachten. An den Druckort Dresden können sie unmöglich in dargelegter Sinne gedacht haben, als sie ihr Votum gegen die Resolution abgaben. Dort müssen doch wohl die erforderlichen Garantien geboten sein, sonst hätte ja ihr energisches Eintreten für Einführung eines Tarifes, wären die Vorbedingungen nicht vorhanden, auch gar keinen Sinn. Anders kann der zitierte Satz, wenn er mehr als eine Phrase sein soll, und das ist sicherlich anzunehmen, nicht ausgelegt werden. Die Dresdener Mitglieder wissen nun, von welchen Gedanken ihre Delegierten bei der Abstimmung geleitet wurden. Es darf vorausgesetzt werden, daß keine anderen Gründe dabei maßgebend waren.

Das Versammlungsleben ist im vergangenen Jahre in Dresden ein sehr reges gewesen, doch führt auch hier wieder die Verwaltung Klage über das mangelnde Interesse mancher Mitglieder, die mit dem Beitragszahlen glauben, ihren Pflichten genüge getan zu haben.

Der Mitgliederstand hat sich in Dresden gehoben. Die Zahlstelle zählte am Schlusse des Jahres 950 Mitglieder. Immerhin ist die Fluktuation in Dresden sehr groß, wie allerdings anderwärts auch. 344 Aufnahmen stehen 317 Abmeldungen gegenüber, so daß also das Plus nur ein geringes ist. Aber eine kräftige Agitation wird bald noch größere Erfolge zeitigen und der so heiß ersehnte Wunsch unserer Dresdener Mitgliedschaft, das erste Tausend zu erreichen, wird in allerhöchster Zeit sicherlich in Erfüllung gehen. Die fleißige und unermüdete Arbeit zur Gewinnung neuer Mitglieder, die gerade in Dresden geleistet wird, muß voll anerkannt werden. Sie gehört auch zu den vornehmsten Aufgaben eines Gewerkschafters.

Auch finanziell ist gut gewirtschaftet worden. Das Sozialvermögen hat sich vermehrt. Die Verwaltung zahlte 371,90 Mk. Streikunterstützung aus Ortsmitteln, aus der Hauptkasse wurden für diesen Unterstützungszeitraum 2042,20 Mk. und 5697,95 Mk. Arbeitslosenunterstützung bezogen. An Streikunterstützung zahlte die Zahlstelle 350,53 Mark und die Hauptkasse 235 Mk.

Alles in allem zeigt der Dresdener Geschäftsbericht ein freundliches Bild. Alles ist Leben und Bewegung. Auch die Arbeit im Gau macht gute Fortschritte. Den Dank für die aufgewandte Mühe sehen die tätigen Mitglieder in dem Bewußtsein, ihre Pflicht getan zu haben. Und so kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Korrespondenzen.

Braunschweig. Mitgliederversammlung am 15. Februar. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1912. Laut Antrag wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Alsdann wurde der Kartellbericht verlesen, wobei der Kartellbeauftragte besonders bemerkte, daß das Gewerkschaftskartell, wiederum wie alljährlich, eine größere Summe, dem Verein für eine Kollektive zur Anschaffung von für die Arbeiterchaft wissenschaftlichen Büchern, überwiesen habe. Unter verschiedenen teilte der Vorsitzende mit, daß der Gauleiter Kollege Spartakus ihn benachrichtigt habe, daß der diesjährige Gaugang in Braunschweig, am 27. April oder am 4. Mai stattfinden könnte, die anwesende Kollegenchaft entschied sich für Sonntag, den 27. April. Die Zahlstelle Braunschweig wird es sich nicht nehmen lassen, am Vorabend der Gaunkonferenz, also am 26. April, zum Empfang sowie zur Unterhaltung der auswärtigen Gaudelegierten, ein kleines Vergnügen, mit humoristischen Vorträgen und sonstigen vielversprechenden Ueberraschungen zu veranstalten. Sodann gelangte eine aus der Mitte der Versammlung gestellte Resolution mit folgendem Wortlaut, zur einstimmigen Annahme: „Die heute stattfindende Mitgliederversammlung erklärt sich mit der hiesigen Arbeitslosenkontrolle, die ja ganz genau nach Vorchrift resp. System der größeren Zahlstellen, gewissenhaft geführt wird, voll und ganz einverstanden und findet das Mißtrauen, welches gegen die hiesige Arbeitslosenkontrolle ausgesprochen wird, für vollständig unberechtigt, da der Vorstand in einwandfreier Weise seine Pflicht erfüllt hat und noch erfüllen wird.“ Sodann wurde noch beschlossen, am Schluß der nächsten Mitgliederversammlung, welche im März stattfindet, wiederum ein Langfränzchen stattfinden zu lassen. Es ist dringend notwendig, daß gerade in dieser betreffenden Versammlung sämtliche Mitglieder erscheinen, weil wir die Anträge zur Gaunkonferenz zu beraten sowie ferner die Delegierten zu derselben zu wählen haben. (Eingeg. 24. 2.)

Hannover. Mitgliederversammlung am 17. Februar. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls der vorigen Versammlung wurde mitgeteilt, daß sich der Vorstand wieder in derselben Weise konstituiert habe, wie im alten Jahre, bis auf die Revisoren, bei denen eine Veränderung vorgenommen wurde. Hierauf erhielt Kollege Spartakus das Wort zu dem Bericht über den Abwehrstreik im Hannoverschen Tageblatt. Zu 3/4 ständigen Ausführungen schilderte Redner den Anfang und den Verlauf der Bewegung und stellte fest, daß der Verband sowie auch die Verbandsleitung alles getan habe um auf friedliche Weise die Angelegenheit beizulegen, daß sie aber an der Hartnäckigkeit der Firma scheiterte, so daß die Kollegenchaft gezwungen war, nachdem bereits die Forderungen von 14 Nachteiligern ausgesprochen waren, den Kampf aufzunehmen. Trotz der vielen Arbeitswilligen die sich ein-

fanden, gelang es der Firma nicht, die Streifen den wandern zu machen. Und so kam es, daß nach 5 Tagen schon Verhandlungen stattfanden, die mit einem erfolgreichen Abschluß endeten. Hier sah man doch am besten, wie notwendig es sei, daß man organisiert sein müsse, denn wäre die Kollegenchaft nicht organisiert und einzig gewesen, so hätte sie ohne weiteres sich die Abzüge gefallen lassen müssen. Und so wollen wir hoffen, daß auch die übrige Kollegenchaft den Nutzen hieraus zieht und sich nunmehr der Organisation anschließt, denn was heute den Kollegen im Tageblatt passierte, könnte morgen in einer andern Druckerei vorkommen; darum sei es unbedingt notwendig, daß ein jeder mittelste unsere Reihen zu stärken. Nachdem Kollege Spartakus noch darauf hinwies, was den Arbeitswilligen alles versprochen wurde und sie nunmehr nachdem der Streik beigelegt ist, das Feld wieder räumen mußten, würde auch diesen Leuten mal ein Licht aufgehen, was es bedeutet, andern in den Rücken zu fallen. Wenn auch zugegeben werden müsse, daß manch einen die Not dazu zwänge, so sei es doch zu verurteilen, und hier sei ihnen ja der Lohn geworden, den sie verdienten. Anschließend hieran wurde der Kollege Langschmidt, welcher Streikbruch beging, aus dem Verbands ausgeschlossen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen. (Eingeg. 24. 2.)

Leipzig. Generalversammlung am 16. Februar 1913. Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte die Ehrung der sechs verstorbenen Kollegen in üblicher Weise. Den Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung erhaltete Kollege Abend. Ein gut Teil Arbeit mußte der Abwehr des einseitigen Prinzipialtarifes gewidmet werden. Da die in alle Welt hinausposaunte „Freiwillige“ Zulage von 10 Prozent bei weitem nicht den Lasten entsprach, setzte sofort zu Beginn des Jahres 1912 die Arbeit lebhaft ein. In einer ansehnlichen Reihe von Betrieben mußte eingegriffen werden, um der Kollegenchaft zum Rechte zu verhelfen. Dann folgte der bekannte Kampf der Unternehmer gegen die Organisation mit Geheimzirkularen. Währenddem der Ortsverwaltung ein ganz besonderer Haß entgegengebracht wurde, versuchte man durch Anschläge in den Firmen die Kollegenchaft der Organisation zu entfremden. Das Liebeswerben war allerdings vergeblich. Aber auch im späteren Verlauf des Jahres war es erforderlich, in den verschiedensten Betrieben Einschre zu halten. In der Firma Klinhardt gelang es für 17 Kollegen eine Zulage von pro Woche 1 Mark herauszuholen. Trotzdem ist der sogenannte Minimallohn trotz mehrjähriger Tätigkeit in Betrieben noch nicht erreicht. Durch intensive Agitation wurden auch die Läden die durch die Bewegung im Steinbrudgewerbe entstanden waren, wieder ausgeglichen. Zur Erledigung der Geschäfte waren erforderlich: 268 Druckereiversammlungen, 22 sonstige Versammlungen; 44 ordentliche und 6 außerordentliche Vorstandssitzungen und 71 Sitzungen mit Funktionären und dergl. mehr. Auch die Pflege der Kollegialität durch gesellige Veranstaltungen wurde nicht aus dem Auge gelassen. In den dem Gau angegeschlossenen Zahlstellen herrschte reges Leben. 60 Besuche des Gauleiters in den verschiedensten Orten waren erforderlich. In Saalfeld wurde ein Tarif zum Abschluß gebracht. Den Klassenbericht erstattete Kollege Wolken. Von den verschiedensten Unterstützungen seien hervorgehoben: Arbeitslosenunterstützung 17 045 M. 25 Pf.; Krankenunterstützung 4880 M., 90 Pf.; Rechtschutz 1283 M., 75 Pf. Hieran schloß sich der Bericht der Beisitzer. Sie verkauften 948 Beitragsmarken im Betrage von 4415 M., 90 Pf. Den Bericht vom Arbeitsnachweis gibt gleichfalls Kollege Abend. Dem Kassierer wurde auf Antrag Entlastung erteilt und ihm ein Mandat von 125 Mark bewilligt. Desgleichen erklärte man sich mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden und bewilligte eine Nummeration von 150 Mark. Nunmehr erfolgte Stellungnahme zu den Anträgen. Der Antrag auf Wahl der Verwaltung durch Affirmation wurde angenommen. Der Antrag auf Abschaffung der Unterstützung für militärische Uebungen verfiel gegen wenige Stimmen der Ablehnung. Ein Antrag auf Verlängerung der Krankenunterstützung wurde abgelehnt, weil er mit dem Statut in Widerspruch steht. Dem Antrag der Beisitzer die vierteljährliche Entschädigung vom Jahre 1912 an von 12,50 M. auf 15 M. zu erhöhen, wurde zugestimmt. Ein Antrag, in Zukunft rückwirkende Entschädigungen nicht mehr zu zahlen, wurde gegen eine große Mehrheit abgelehnt. Hierauf wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten. Gewählt

wurden die Kolleginnen Groch und König und die Kollegen Kretzschmar, Thiedemann, Zeuke, Spät, Hüb und Herrmann. Als Ersatzleute kommen in Frage die Kollegen Haugl und Kunze und die Kollegin Großmann. Die Wahl zweier Revisoren fiel auf Kollegen H. Richter und Kollegin Arnold. Nach Erledigung verschiedener Vereinsmitteilungen fand die Versammlung ihr Ende. (Eingeg. 25. 2.)

Mainz. Am 18. Februar fand unsere Generalversammlung statt, die leider einen schlechten Besuch aufzuweisen hatte, da in einigen Betrieben Ueberstunden gemacht werden mußten. Den Bericht vom Geschäftsjahr 1912 sowie den Kassenbericht gab der Vorsitzende Kollege Müller. Trotz vieler Mißgeheits seitens der Verwaltung ist von einem nennenswerten Erfolg nicht zu sprechen. Nicht man aber die näheren Umstände und die damit verbundenen Schwierigkeiten am Orte selbst in Betracht, so kann man trotzdem mit dem Resultat zufrieden sein. In Mainz, wo im Druckereigewerbe ein gewisses Scharfmaßertum sich breit macht, mußte auch im Frühjahr 1912 der Beruf, einen Lohntarif zu schaffen, als geachtet angesehen werden. Einige keine Zulagen wurden gegeben, sonst aber von den Prinzipalen jede Verhandlung zum Zwecke tariflicher Abmachungen abgelehnt. Eine gewisse Interessenlosigkeit bei einem Teil der Kollegenchaft begünstigt die Stellungnahme der Prinzipale, zum großen Schaden der Hilfsarbeiter. Trotzdem konnte die Zahlstelle ihren Platz behaupten, ein Beweis, daß ein Mitgliederstand da ist, bei dem das Klassenbewußtsein und der Solidaritätsgedanke schon tiefe Wurzeln gefaßt hat. Der Versammlungsbesuch war im Durchschnitt ein ungenügender, und es fand, um mit der Kollegenchaft in Fühlung zu bleiben, ein reger Schriftwechsel statt. An Versammlungen und Sitzungen fanden statt: eine Generalversammlung, 15 Mitgliederversammlungen, davon acht in Wiesbaden, 4 öffentliche Versammlungen, 2 in Wiesbaden, außerdem noch 8 Vorstandssitzungen, 3 mit den Vertrauensleuten und 22 Betriebsversammlungen. Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1911 97 männliche und 91 weibliche, in Summa 128 Mitglieder. Ausgenommen wurden 26 männliche und 38 weibliche, in Summa 64 Mitglieder. Abgereist, abgemeldet oder ausgeschlossen wurden 25 männliche und 65 weibliche, in Summa 90 Mitglieder. Mitgliederstand am 31. Dezember 1912 38 männliche und 64 weibliche, in Summa 102 Mitglieder. Die Einnahmen der Zahlstelle stellten sich auf 1607 Mk. Davon wurden 933,56 Mark an die Hauptkasse gesandt. An zehn männliche Mitglieder wurden für 94 Arbeitslosentag 131,20 Mk. Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Krankenunterstützung erhielten 8 männliche Mitglieder für 117 Tage, 25 weibliche Mitglieder für 306 Tage, in Summa 188,75 Mk. Die Ausgabe für Wohnungsinhaberunterstützung belief sich auf 40 Mark. Es wurden insgesamt 359,95 Mk. an Unterstützungen ausgezahlt. Für Agitation, Sitzungsentschädigung, Kartellbeiträge, Porto, Druckkosten, Nummerationen wurden 313,49 Mk. verbraucht. Aus den Arbeitslosensparnissen ist zu sehen, daß die Konjunktur gegen das Vorjahr eine günstigere war. Der Vorsitzende schloß seinen Bericht mit der Hoffnung, daß es bald gelingen möge, die Zahlstelle zu einem achtunggebietenden Faktor heranzubilden, zum Nutzen der Mainzer und Wiesbadener Kollegen. Als erster Vorsitzender wurde dann Kollege Müller, als zweiter Kollege Groch wiedergewählt, ebenso Kollege Hirsch als Kassierer. Neugewählt wurden Kollege Stauber als Schriftführer, Kollegin Beder als Kartellbeauftragte, Hahn nebst Groch als Revisoren und Kollegin Kloeck als Beisitzerin. Dann gab Kollege Müller ein Bild von der letzten Buchbinderbewegung und kritisierte das Verhalten einiger unorganisierten Einlegerinnen während des Streiks. Er appellierte an die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß diese irreführten Kolleginnen aufgeklärt und der Organisation zugeführt werden möchten.

Der Mainzer Kollegenchaft zur Kenntnis, daß unsere Wiesbadener Mitglieder am Sonntag, den 9. März, im Gewerkschaftshause zu Wiesbaden, Wellstr. 49, eine Familienfeier abhalten, und sind die Mainzer Kolleginnen und Kollegen herzlich eingeladen. (Eingeg. 22. 2.)

München. Die Jahresgeneralversammlung am Sonntag, den 16. Februar wurde vom Vorsitzenden Kollegen Schmid unter Führung der im vorigen Jahre verstorbenen 13 Mitglieder eröffnet. Zugleich gedachte der Vorsitzende in warmen Worten, des durch christliche Mordhand gefallenen Genossen Franz Schummeier, dessen Leichenbegängnis zur selben Stunde in Wien stattfand. Kollege Bergler erlebte den ersten Punkt der Tagesordnung durch Verlesen des Protokolls über dessen gewohnen präzisier Mo-

fassung sich keine Einwendung erhob. Kollegin Burfert erstattete den Kassabericht für das vierte Quartal 1912 und die Jahresabrechnung. Letztere setzte sich zusammen aus Aufnahmegeldern im Betrage von 112,90 M., aus Einnahmen an Beiträgen im Betrage von 30 271,30 M., dazu für gelöste Streitmärken der Betrag von 3 300 M., also insgesamt aus einer Einnahme von 34 634,20 M. An die Hauptkasse wurden gesandt 18 851,50 M., an Arbeitslosenunterstützung wurden verausgabt 3 132,15 M., für Krankenunterstützung 4 364,40 M., an Wöchnerinnen wurde der Betrag von 950 M. und an sonstige hilfsbedürftige Mitglieder inklusive der Weihnachtunterstützung 603,90 M. verausgabt. Der Lokalkassenbestand stieg von 2979,85 M. am Ende des Jahres 1911 auf 3 763,51 M. Der Mitgliederbestand beträgt am Schluß des Jahres 1912 an männlichen 395, an weiblichen 1114, insgesamt 1509. Aus dem Bericht über die Frequenz des Arbeitsnachweises war zu entnehmen, daß sich im Jahre 1912 208 Kollegen und 951 Kolleginnen am Arbeitsnachweis arbeitslos meldeten. Vermittelt an Buchdruckerien wurden 35 Rotationsarbeiter, 48 Saalarbeiter, 430 Einlegerinnen und 150 Hilfsarbeiterinnen. Für Steinbrud wurden vermittelt 8 Steinschleifer, 41 Einlegerinnen, 59 Bogenfängerinnen und sonstige Hilfsarbeiterinnen. Kollege Hans Bauer als Revisor bestätigt, daß sowohl bei ordentlichen wie bei unvermögenden Revisionen stets Kasse und Bücher in bester Ordnung vorgefunden wurden. Der Jahresbericht des Vorsitzenden zeigte, daß auch im verfloffenen Jahre nichts versäumt wurde, um die Interessen unserer Mitglieder nach jeder Richtung hin zu fördern. Kollege Schneider dankte nun im Namen des gewählten und nun in Funktion tretenden Wahlkomitees der Gesamtverwaltung für ihre Arbeit. Es erhoben sich zum Zeichen der Anerkennung die Mitglieder von ihren Sitzen. Bei der nun folgenden Neuwahl wurden die alten Verwaltungsmittelglieder insgesamt wiedergewählt. Ein dann von der Zahlstelle Augsburg gestellter und vom Kollegen Lehmeier aus Augsburg selbst begründeter Antrag, der den Wunsch ausdrückte, daß den Augsburger Mitgliedern unseres Verbandes der Eintritt in die von den Münchener Kollegen und Kolleginnen geschaffene Sterbefasse gestattet werde, zeitigte eine lebhaft diskutierte, deren Ergebnis dann die einstimmige Annahme des Antrages Augsburg war. Nach Erledigung einer Reihe von Münchener Angelegenheiten schloß Kollege Schmid mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die außerordentlich ruhige und schon verkaufene Versammlung. Ein von unseren musikalisch veranlagten Kollegen gegebenes Streichkonzert hielt die Anwesenden noch in bester kollegialer Stimmung mehrere Stunden beisammen.

(Eingeg. 22. 2.)

Strasbourg i. El. Generalversammlung vom 15. Februar. Nachdem das Protokoll genehmigt und verlesen war, machte der Vorsitzende bekannt, daß ein Bildungssturz des Gen. Reimer-Berlin in Schiltigheim stattfindet und ersuchte besonders die in dem benannten Orte wohnenden Mitglieder, rege daran teilzunehmen. Den Beitrag zum Besuch des Kursets zahlt die Lokalkasse. Sodann gab derselbe einen ausführlichen Bericht über das letzte Stiftungsfest, welches einen Ueberflus von 18,42 M. ergab. Nach einer längeren Debatte hierüber verlangten die Kollegen Kraft und Burhardt, daß diese Feste nicht mehr abgehalten werden sollen, dafür sich an dem Stiftungsfest der organisierten Arbeiterschaft zu beteiligen, weil in demselben das gebotene wird, was wir uns mit den geringen Mitteln nicht leisten können. Der Rechnungsbereich lag gedruckt vor und ergab eine Mehreinnahme von 317,59 M. im verfloffenen Jahre. Nachdem der Kassierer noch einige eingeschlossene kleine Fehler richtiggestellt hatte, bekundeten die Revisoren sowie der erste Vorsitzende die Wichtigkeit der Abrechnung sowie die ordnungsgemäße und sauberste Führung der Kassengeschäfte, worauf dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. Den Jahresbericht gab der erste Vorsitzende. In längeren Ausführungen besprach er namentlich diejenigen Firmen, welche sich anfänglich weigerten, den neuabgeschlossenen Tarif für alle Arbeiter und Arbeiterinnen gelten zu lassen, was dem Vorstande große Mühe verursachte, durch mehrmaliges Vorstellungsverden diese Prinzipale doch eines anderen zu überzeugen. Wenn dieses zum großen Teil gelungen ist, so brachte es doch die Firma Huber (Sohn) fertig, zwei Kollegen zu maßregeln und eine eingereichte Schiedsgerichtsfrage (auf Anerkennung der dort beschäftigten Hilfsarbeiterinnen im Notationsbüchertendruck als Hilfsarbeiterinnen nach dem Sinne der Allgem. Best.) aus der Welt zu schaffen, indem dieser Herr

jeder Arbeiterin mit Entlassung drohte, falls sie im Verbands bleibt. Leider hatte diese terroristische Drohung auch Erfolg gehabt. Auch mit dem Stein- und Buchdruckpersonal war seitens des Vorstandes im letzten Jahre ein Vorstoß geplant, wenn auch nicht einen sofortigen Tarifabschluß herbeizuführen, so doch druckereireiche Lohnforderungen einzureichen, welche aber leider ebenfalls an dem Unverstand und der Kurzsichtigkeit des betreffenden Personals scheiterten, wobei durch deren Fahnenflucht die große Differenz der Mitgliederzahl gegen das Vorjahr entstanden ist. Zum Schluß führte der Vorsitzende noch einen Vergleich der im Jahre 1911 und 1912 ausgezahlten Unterstützungen an, woraus zu ersehen war, daß wohl die Krankenunterstützung im letzten Jahre gegen das vorhergehende etwas zurückging, die Arbeitslosenunterstützung sich dagegen verdreifachte. Ueber die Remuneration des Vorstandes fand eine rege Diskussion statt, die damit endete, daß der erste Vorsitzende und Kassierer 5 M. mehr erhalten. Die übrigen Vorstandsmittelglieder erhalten die Gratifikation wie bisher. Hierauf schloß sich die Neuwahl des Gesamtvorstandes. Erster Vorsitzender wurde Kollege A. Wolff, zweiter Vorsitzender Kollege Hartmann, Kassierer Kollege Schneider, Schriftführer Kollege Lieber, Beisitzer Kollege Fischer. Ferner wurden gewählt: als Kassenrevisoren die Kollegen Wendling und Grab, als Kartellbelegierte die Kollegen Hummel und Burkhardt. Das Schiedsgericht bleibt bestehen. Im Namen des neugewählten Vorstandes und für dessen Wahl spricht der Vorsitzende sodann seinen Dank aus und bittet die Mitglieder, demselben ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen. Ein Antrag des Vorstandes betreffend die Militärunterstützung wurde nebst einer kleinen Aenderung einstimmig angenommen. (Eingeg. 24. 2.)

Rundschau.

Kollektivbeteiligung auf der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. Die Industrieabteilung der Internationalen Buchgewerbeausstellung sieht sich bei der jetzt schon großen Zahl der angemeldeten Aussteller genötigt, eine vorläufige Gruppenverteilung vorzunehmen. Aus diesem Grunde ist es vor allen Dingen notwendig, möglichst früh einen Ueberblick über die Kollektivausstellungen, die von Vereinigungen und Verbänden und von verschiedenen Firmen beabsichtigt sind, zu gewinnen. Natürlich wird der Zusammenschluß zu einer gemeinsamen Ausstellung für die Firmen nicht immer vorteilhaft sein, da wohl viele Aussteller Wert darauf legen, allein aufzutreten, um gerade die Eigenart ihres Betriebes und ihrer Erzeugnisse dem Publikum so vorführen zu können, wie es ihnen am wertvollsten erscheint, während sie sich bei Kollektivausstellungen immer eine gewisse Beschränkung auferlegen müssen. Der Melbeschluß für alle Kollektivausstellungen ist der 15. März; für Einzelaussteller ist der Schlußtermin auf den 30. Juni festgesetzt worden.

Ein Buchzeichen eigener Art, das auch für unsere Zahlstellenbibliotheken angebracht wäre, wird den Büchern der Kinderlesehalle zu Wiesbaden beim Ausleihen mitgegeben: In jedem Band, der fortgegeben wird, liegt, wie wir im Kosmos-Handweiser lesen, ein Leszeichen mit folgenden Mahnungen: 1. Bitte fasse mich nicht mit unreinen Händen an, damit ich nicht schmutzig werde. 2. Schreibe und male nicht mit der Feder oder mit dem Meißel auf meine Blätter, denn das sieht häßlich aus. 3. Lege mich nicht mit den Blättern nach unten auf den Tisch, und stütze den Ellenbogen nicht auf mich, das tut mir weh. 4. Lege keine Meißel, keine Feder und überhaupt nichts Dicks und Hartes zwischen meine Blätter, denn sonst reiße mein Einband entzwei. 5. Mache mir keine Geklober, denn das verunstaltet mich. 6. Wenn Du ein Blatt umschlagen willst, so fasse es oben rechts an, bringe aber die Finger nicht vorher an den Mund. 7. Behandle mich überhaupt so, lieber Leser, daß Du Freunde an mir hast, wenn Du mich wieder siehst.

Eingegangene Druckapriften.

Für den am 2. März in Deutschland stattfindenden Dritten Sozialdemokratischen Frauentag ist soeben eine 16 Seiten starke Agitationszeitung für das Frauenwahlrecht erschienen, herausgegeben von Klara Zetkin.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Fetter Tag, Gedicht von Ida Negri. — Im Zeichen des Sozialismus. — Aus der Erklärung der Frauen- und Bürgerinnenrechte. — Olympie de Goupez. — In der Todesnacht. Gedicht. — Gleiches Recht für

Weib und Mann in der Gemeinde. — Mary Wollstonecraft. Von Marie Kumeri. — Theodor v. Hippel als Vorkämpfer für das Frauenwahlrecht. Von Luise Kiez. — Das Frauenwahlrecht, ein Kampfmittel gegen Krieg und Steuern. Von Uebelheid Popp, Wien. — Die staatsbürgerlichen Rechte der Frauen in Dänemark. Von Th. Etting, Kopenhagen. — Die Frauen als Wählerinnen und Abgeordnete in Finnland. Von Siva Pärssinen. — Wie ein norwegischer Minister über das Frauenwahlrecht urteilt. — Die Gipfel blühen. Gedicht von Klara Müller-Zahnte. — Gruß der sozialistischen Frauen in Schweden. Von A. Eklund, Stockholm. — Ein sozialistischer Gruß aus England. Von Dora B. Montefiore, London, und anderes.

An künstlerischen Bildern enthält die Zeitung: Amazone. — Neghliederinnen. Von Max Liebermann. — Delyphinische Sibille. Von Michelangelo. — Die Republik. Von Honoré Daumier. — Zug der Frauen nach Versailles. — Der Preis des Blattes ist 10 Pfennig. Zu beziehen ist es von der Expedition der Gleichheit in Stuttgart, Furtbachstraße 12, sowie von den Buchhandlungen und Kolporturen.

Führer durch das Versicherungsgesetz der Angestellten. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. Berlin. Preis 40 Pf. Der Schaffung und der Veränderung sozialpolitischer Gesetze pflegt prompt im Vorwärts-Verlag ein Führer durch das neue oder veränderte Gesetz zu folgen. So hat der Verlag jetzt einen Führer durch das Versicherungsgesetz für Angestellte herausgegeben, womit er ohne Frage einem Bedürfnis entgegenkommt. Solcher Führer sind zwar schon mehr auf dem Markt, aber von ihnen allen unterscheidet sich der vorliegende dadurch, daß nicht nur das Gesetz, sondern auch die bisher erlassenen Ausführungsbestimmungen herangezogen und eingehend gewürdigt worden sind. So kommt es, daß er weit besser informiert als eine Textausgabe des Gesetzes. Die zur Zeit strittigste Frage, die der Versicherungsplan, wird a. B. auf nicht weniger als 12 Seiten behandelt. Die Frage, wie die Beiträge zu entrichten sind, wird durch die Bekanntmachung der Reichsversicherungsanstalt vom 24. Mai 1912 und sich daran anschließende Erläuterung beantwortet usw. Eingehend werden natürlich auch die Leistungen der Versicherung behandelt; dieser Teil enthält eine sicherlich willkommenen Rententabelle. Ebenso eingehend wird das Verfahren geschildert; bei der Darstellung des Versicherungssträgers und des Renten-Versicherungsgesetzes informiert eine Darstellung des bei Wahl der Vertrauensmänner zur Anwendung kommenden Verhältniswahlsystems ganz vorzüglich. Alles in Allem: Es dürfte kaum eine Frage geben, die der Führer nicht ausführlicher beantwortet als das Gesetz selbst. Zu haben ist der Führer in allen Buchhandlungen und Expeditionen.

Briefkasten.

Bremen. Ein Bericht vom Februar ist hier nicht eingegangen. — Frankfurt a. M. Bericht wegen Mangel an Allgemeininteresse abgesehen.

Adressenveränderungen.

Bauhen. Vorsitzender: Robert Mittrach, Seidau-Bauhen, Salzenforststr. 129.

Bremen. Vorsitzende: Frau Marie Loose, Klantstraße 31 I. Kassierer: Hermann Radenhorst, Seimattstraße 71. Arbeitsschweiser: S. Schab, Seeren 6/8.

Gronau i. S. Vorsitzender: Paul Specht, Gartenstr. 292. Kassiererin: Fr. Else Kölle, Gartenstr. 292.

Mitnberg S.-M. Vorsitzender: Otto Hoyer, Baurbergstraße 56. Kassierer: Richard Hantsch, Theresienstraße 11.

Am 21. Februar verstarb unser langjähriges Mitglied

Richard Henschel

im Alter von 85 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Zahlstelle Leipzig.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 9.

Berlin, den 1. März 1913.

19. Jahrgang.

Aus dem Genossenschaftsleben

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Böttcher hat vor kurzem den Jahreskonsum der deutschen Arbeiter berechnet und kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

Elf Millionen Lohnarbeiter haben einen Durchschnittsverdienst von 1100 M. pro Jahr und geben also 12,1 Milliarde Mark aus; fünf Millionen Arbeiterfamilien mit Durchschnittseinkommen von 1600 M. geben 8 Milliarden Mark aus, zusammen also 20,1 Milliarde. Davon zieht Dr. Böttcher 200 Millionen M. ab für Minderabgaben bei Arbeitslosigkeit, so daß 19,9 also fast 20 Milliarden M. bleiben, die als Gesamtkonsum der deutschen Arbeiter anzusprechen sind. Hält man diesem Ergebnis den genossenschaftlich organisierten Konsum entgegen, so ist der Gegensatz allerdings enorm groß, sind doch im Jahre 1911 in der gesamten deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung für 484 Millionen Mark umgesetzt worden, also noch nicht einmal eine halbe Milliarde. Und doch war die Genossenschaftsbewegung im Stande, bahnbrechend auf die Wandlung der Warenverteilung einzuwirken, doch ist sie heute schon zu einem Faktor geworden, mit dem der Handel und mit dem Regierungen und Behörden rechnen, den sie zu bekämpfen suchen auf jede nur mögliche Art und Weise. Was für eine Macht im Wirtschaftsleben könnte die Konsumentenbewegung darstellen, wenn sie statt wie jetzt den 40. Teil, den vierten Teil des Jahresbedarfs der deutschen Arbeiter in sich schließen würde! Es ist notwendig, die Arbeiterkraft immer mehr und mehr davon zu überzeugen, daß ihr Einkauf erst den Mehrwert realisiert, den sie erarbeitet, und daß sie durch die Organisierung des Konsums den Mehrwert zum Teil in die eigene Tasche zurückführen kann. Durch die auf dem organisierten Konsum beruhende Eigenproduktion, die heute z. B. 73 Millionen M. beträgt, wird der Mehrwert den einzelnen Kapitalisten oder der kapitalistischen Aktiengesellschaft überhaupt entzogen und geht statt dessen in die Taschen des Sozialkapitalismus, wie ihn die Genossenschaften darstellen, über, und unser Bestreben geht ja auch dahin, von dem heutigen kapitalistischen Handel und der kapitalistischen Produktion soviel wie möglich in den Genossenschaftsbetrieb hinüber zu ziehen. Sind die Erfolge dem gesamten Wirtschaftsmarkt gegenüber bisher auch nur gering, so läßt doch gerade die Entwicklung, die die Genossenschaftsbewegung in den letzten Jahren genommen hat, erhoffen, daß ihr Einfluß mit der Zeit immer stärker und nachhaltiger werden wird.

Steuerliches. Die Verwaltung des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend hatte sich mit einer Eingabe an die Mitglieder der Lübecker Bürgererschaft gewandt. In dieser Eingabe protestiert die Verwaltung gegen den Entwurf der Konsumvereins- und Warenhausumsatzsteuer, der Ausnahmeharakter der geplanten Steuer wird darin hervorgehoben und auf die Ungehörlichkeit hingewiesen, die darin liegt, daß unter Umständen die Steuer von Geschäften erhoben wird, die nicht nur keinen Gewinn gehabt, sondern sogar mit Verlust gearbeitet haben. Der vom Bürgerausschuß trotz der Ablehnung durch die Subkommision leider angenommene Entwurf sollte in der am 18. Februar abgehaltenen Bürgerchaftsversammlung verhandelt werden; es ist jedoch noch nicht dazu gekommen. Die örtliche Presse, mit Ausnahme des Lübecker Volksboten, der entsetzten Protest gegen das drohende Unrecht einlegte, fand kein Wort der Kritik gegen diesen Steuerentwurf.

Der Verband deutscher Filialbetriebe wendet sich mit einer gegen die Ausnahmesteuerung protestierenden Eingabe an die

heftigen Gemeindeverwaltungen und macht darin folgende interessante Feststellungen:

In Hessen ist die Bevölkerungszahl in den Jahren 1895—1905 von 1 039 020 auf 1 210 104 Personen gestiegen, das sind 16 Prozent; zwischen den Gewerbebetriebszählungen von 1895 bis 1907, also ungefähr dem gleichen Zeitraum, ist die Zahl der Betriebe im Warenhandel gestiegen von 16 029 auf 21 504, das ist um 34 Prozent; die Handelsbetriebe mit Kolonialwaren stiegen von 4578 auf 6066, das sind rund 33 Prozent. Die Zahl der Betriebe im Handel mit Tabak usw. ist von 261 auf 620 gestiegen, das sind 138 Prozent.

Der Bevölkerungszunahme von 16 Prozent steht also eine Zunahme der Geschäfte für Kolonialwaren um 33 Prozent, mehr als das Doppelte, und beim Tabakhandel sogar eine solche von 138 Prozent, fast das Neunfache, gegenüber. Die Eingabe sagt sehr richtig: „Gewiß ist im Einzelhandlertum eine Notlage vorhanden, aber die wahre Ursache dieser Notlage liegt im Kleinhändlertum selbst. Die Kleinhandelsbetriebe haben in Hessen in einer Weise zugenommen, die zur Bevölkerungszunahme in gar keinem Verhältnis steht.“ Durch diese ungeheure Vermehrung der Handelsbetriebe, mit der Hessen nicht allein dasteht, sondern die überall in etwa gleichem Maße vorhanden ist, nimmt der Konkurrenzkampf immer schärfere Formen an und die einzelnen Geschäfte müssen an Kundenschaft und Umsatz verlieren, aber dann wird die Schuld bei andern gesucht und Regierung und Behörden mobil gemacht gegen Konsumvereine und Warenhäuser, die ja beide das Prinzip haben, dem Schwarzgeheimtum im Handel zu Leibe zu gehen, die Warenhäuser, um vergrößerte Gewinnanteile zu erzielen, die Konsumvereine, um eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen.

Ein seltener Bürgermeister. Daß es auch einmal Behörden gibt, die sich der Konsumgenossenschaft und ihren Bestrebungen nicht feindselig gegenüber stellen, dieser seltene Fall trat in Jena ein, wo der Konsumverein seine Betriebsanlagen am 1. Februar einweihte und verschiedene Behörden und Körperschaften dazu einlud. Der Gemeindevorstand folgte der Einladung durch Entsendung seines Ersten Bürgermeisters und einiger anderer Herren, und auch die Universität war ziemlich stark vertreten. Nach der Besichtigung dankte Bürgermeister Dr. Fuchs für die Einladung und Führung. Er fand warme Worte der Anerkennung für das, was hier geschaffen wurde, etwas so Wertvolles und für unsere Zeit so Bedeutendes in Jena zu finden, hatte er bis jetzt nicht vermutet. Er brachte dem Väthen und Gedichten des Konsumvereins ein dreifaches Hoch aus. — Dieser Bürgermeister ist ein weißer Hase.

Geheimkaufsgesellschaft. Für das Jahr 1912 liegen nunmehr die Umsätze der Zentrale der deutschen Konsumvereine vor.

Die Verwaltung erzielte einen Umsatz:
 Von Januar bis Dezember 1912 185 907 173,21 M.
 " " " " 1911 109 605 469,89 "
 Mehr im Jahre 1912 . . . 26 801 708,82 M.

Die Abteilung Zigarrenfabrik:
 Von Januar bis Dezember 1912 3 965 528,24 M.
 " " " " 1911 2 692 608,25 "
 Mehr im Jahre 1912 . . . 672 919,99 M.

Die Abteilung Seifenfabrik:
 Von Januar bis Dezember 1912 5 589 787,66 M.
 " " " " 1911 4 868 904,40 "
 Mehr im Jahre 1912 . . . 675 688,86 M.

Die Bankabteilung setzte auf Girokonto um:
 Von Januar bis Dezember 1912
 im Debet 154 537 935,19 M.
 Von Januar bis Dezember 1911
 im Debet 95 489 351,99 "
 Mehr im Jahre 1912 59 048 583,80 M.
 Von Januar bis Dezember 1912
 im Kredit 156 877 109,73 M.
 Von Januar bis Dezember 1911
 im Kredit 97 242 189,85 "
 Mehr im Jahre 1912 59 634 919,88 M.

Der Warenumsatz der Konsumgenossenschaftszentrale stieg also von rund 110 Millionen auf rund 136 Millionen Mark, die eigenen Produktbetriebe haben gleichfalls erfreuliche Zunahmen zu verzeichnen und die außerordentlich vermehrte Quantitätszunahme der Bankabteilung läßt darauf schließen, daß der genossenschaftliche Selbstverkehr nicht nur bei den Genossenschaften selbst, sondern auch bei den befreundeten Organisationen sich immer reger werdender Beliebtheit erfreut. Bei weiterem Ausbau der Genossenschaften und ihrer Zentralinstitutionen wird der Nutzen der genossenschaftlichen Warenherstellung und Warenverteilung immer unverkennbarer werden und die ideale Fusion mit Gewerkschaftskreisen wird weitere Fortschritte machen. (Vert.)

Rundschau.

Der Bäckerverband hat nach der vorliegenden Jahresabrechnung im Jahre 1912 eine Zunahme von 3593 Mitgliedern, unter denen sich 363 weibliche befinden, zu verzeichnen. Von den 88 Lohnkämpfern im Berichtsjahre verliefen 66 ohne Streik. 13 Angriffsstreiks hatten vollen Erfolg, 4 hatten einen Teilerfolg und 3 waren erfolglos. Die Lohnkämpfe erforderten im Berichtsjahre nicht die außerordentlichen Mittel des Vorjahres. Immerhin mußten 10 Proz. sämtlicher Einnahmen dafür aufgewendet werden. An Unterfüßlingen wurden nahezu 200 000 M. verausgabt. Nach dem Massenabschluß zählte der Verband einen Ueberschuß von rund 117 500 M. Der Massenbestand in der Hauptkasse hat sich um rund 95 000 M. gesteigert, die Bestände in den Zahlstellen um 22 500 M. Der Verband kann also mit den im Vorjahre gemachten Fortschritten zufrieden sein.

Zwei Urteile. Erlangen ist Universitätsstadt. Und in Universitätsstädten pflegt man Ausschreitungsdelikte, deren Urheber Studenten sind, gewöhnlich sehr milde anzusehen. Das mag in manchen Fällen richtig passieren. Bedenklich aber wird es, wenn Gerichte diesem Umstände in einer Weise Rechnung tragen, der zu kraffen Dissonanzen im Strafmaß gegenüber Studenten einerseits und Arbeitern andererseits führt.

Vor dem Schöffengericht in Erlangen hatten sich zwei Studenten wegen Mißhandlung eines Gartenarbeiters zu verantworten. Sie hatten eine Dame, die in Begleitung ihres Verlobten ein Theater besuchte, auffällig fixiert, verfolgt und belästigt, so daß es mit dem Verlobten der Dame zu einer Nempelci kam. Dabei wurde der Gartenarbeiter, der der Szene nur zufuhr, von den Studenten aber als zur „Gegenpartei“ gehörig angesehen ward, von ihnen derart roh mißhandelt, daß er danach acht Tage lang in einer Klinik liegen mußte.

Die Studenten kamen mit Geldstrafen von 40 und 50 M. weg. Vor demselben Gericht wurde nun gleich darauf gegen einen Arbeiter verhandelt, der nachts auf der Straße einem Studenten ein paar Stockhiebe verabfolgt hatte.

Der Arbeiter bekam drei Monate Gefängnis! Jedes Wort der Kritik würde den Eindruck dieser beiden Urteile abschwächen. . . .

Tariffbewegung der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen in Agram. Die Ausichten auf Abschluß eines neuen Tarifs schienen anfänglich recht ungunstig, denn schon bevor der alte Vertrag außer Kraft trat, kam es zwischen beiden Parteien zu Reibereien. Schließlich brachten die Verhandlungen doch eine Einigung, und es wurde ein

feher Tarifvertrag abgeschlossen, welcher der Arbeiterchaft gegenüber den früheren Verhältnissen eine Reihe Verbesserungen bringt. Die tägliche Arbeitszeit beträgt für Lithographen, Retoucheure, Zeichner und Kupferdrucker 8 Stunden, für das Steindruckpersonal 8½ Stunden. Alle Arbeiten sind in ihrem Wochenlohn herzustellen; das Akkord- und Prämienystem sowie ein Aussehen wegen Arbeitsmangel ist unzulässig. Ein Maschinenmeister darf nur an einer Maschine arbeiten. Der Mindestlohn für ausgearbeitete Gehilfen beträgt im ersten Gehilfenhalbjahr 22 Kr., im zweiten Gehilfenhalbjahr 24 Kr., dann 27 Kr., und steigt von da ab nach Leistung. Die Hilfsarbeiter erhalten im ersten Jahre 16 Kr., dann mindestens 18 Kr.; die Hilfsarbeiterinnen je nach Beschäftigung im ersten Halbjahre 8 bis 10 Kr., dann steigend. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in den letzten drei Monaten keine Zulagen erhielten, belamen bei Inkrafttreten des Tarifes eine Lohnzulage, und zwar: die Gehilfen 2 bis 3 Kr., die Hilfsarbeiter 5 Proz. und die Arbeiterinnen je 1 Kr. — Für Ueberstunden wird ein Zuschlag bezahlt. Die gesetzlichen sowie behördlicherseits und die von den Geschäften angeordneten Feiertage werden bezahlt. Ferien wurden für das gesamte Personal je nach Beschäftigungsdauer bis zu einer Woche bei voller Lohnzahlung bewilligt. Weiter wurden umfassende Bestimmungen über die Anfertigung von Lehrlingen und eine Stala festgelegt. — Die Organisation wird im Tarif als Vertretung der Gesamtinteressen der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen anerkannt. Bei Besetzung von Arbeitsplätzen kommt in erster Linie der Arbeitsnachweis der Gehilfenorganisation in Betracht. Dieser Tarifvertrag hat Gültigkeit bis Ende März 1914; wird er nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt, so verlängert sich die Tarifdauer jenseit um ein Jahr.

Der Oesterreichische Senefelder-Bund, die Organisation der österreichischen Lithographen, Steindruck und verwandten Berufe, hält seine Generalversammlung am 25. und 26. Mai in Wien ab. Dem Verband gehören auch die Steindruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen als Mitglieder an; außerdem hat sich seit Anfang dieses Jahres auch die Wiener Notenscheidervereinigung angeschlossen. Der Mitgliederstand des Gesamtverbandes beträgt zurzeit 3376. Die gesamten Einnahmen belaufen sich im abgelaufenen Jahre auf 175 326,91 Kr., die Gesamtausgaben auf 164 998,87 Kronen. Daraus ergibt sich eine Mehreinnahme von 10 328,04 Kr.; das Gesamtvermögen ist auf 231 128,57 Kr. gestiegen. Für Unterstützungen wurden 121 154,05 Kr. auszugeben. Tarifernuerungen wurden durchgeführt in Triest, Agrano, Oberösterreich und Salzburg, sowie in Tirol und Vorarlberg. Bei diesen Erneuerungen wurde die Arbeitszeit verkürzt, der Mindestlohn für Ausgelernte sowie die Bezahlung der Ueberstunden erhöht, Feiertagsbezahlung, Lehrlingsstala und Urlaubszeit geregelt und bei einzelnen Abschlüssen auch für das Hilfspersonal ganz ansehnliche Verbesserungen erzielt. In Wien wurden zu Anfang des Berichtsjahres Zulagenzulagen erreicht. — In Krakau wurde der Tarif gekündigt und stehen zurzeit die Mitglieder im Streit. — Das Nachrag, die „Neuen Graphischen Nachrichten“, erscheint in einer Auflage von 3700 Exemplaren monatlich zweimal. — Die wirtschaftliche Situation ist eine sehr verschiedene; während in der Chemigraphie die denkbar beste Geschäftslage herrscht, ist die Chronolithographie zum größten Teil aus den Betrieben verschwunden und auch in den anderen Berufszweigen macht sich nur wenig Fortschritt bemerkbar. — Der österreichische Senefelder-Bund gehört auch der internationalen Verbindung: Internationaler Bund für Lithographen, Steindruck und verwandten Berufe an, dessen Sekretariat seinen Sitz in Berlin hat. Mit uns, dem deutschen Hilfsarbeiterverband, und mit dem deutschen Verband der Lithographen, Steindruck und verwandten Berufe und dem Notenscheiderverband steht der österreichische Senefelder-Bund außerdem noch durch besondere Verträge in einem erweiterten Gegenseitigkeitsverhältnis. Dieses regelt den Eintritt nach Deutschland in Stellung tretender Mitglieder, denen alle erworbenen Rechte von den deutschen Verbänden angerechnet werden.

Der Reichsverein der Buchdrucker- und Schriftsetzereihilfsarbeiter und Zeitungserbeiter, unsere Arbeiterorganisation in Oesterreich, fand im vergangenen Jahre im Zeichen des raschen Fortschritts. Von dem Anschluß des „Reichsvereins der Zeitungserbeiter Wiens“ und des „Reichsvereins der Zeitungsträger Wiens“ an den Reichsverein haben wir bereits unseren Mitgliedern kenntnis gegeben. Für die Zeitungserbeiter wurden acht

neue Vertriebsstarke, für die Zeitungsaussträger sieben neue Tarife abgeschlossen. Mehrere Tarife wurden verlängert, und Forderungen auf Zulagenzulagen hatten bei mehreren Wiener Zeitungen vollen Erfolg. Für die Buchdruckerhilfsarbeiter von Triest, Görz und Pola wurden kurzfristige Tarife bis Ende 1913 vereinbart. — Eine Agitationstour in Mähren hatte als Resultat die Errichtung neuer Zastellen in Mährisch-Strau, Olmütz, Jagan, Neutischin, Wischau und Proßnitz. — Die Organisation verfügt gegenwärtig über drei Nachblätter: „Der Druckerarbeiter“ (deutsch mit 5500 Auflage), „Spolkobn Vestnik“ (tschechisch, Auflage 650), „Bolletino“ (italienisch, Auflage 400), für die ungefähr 400 politischen Mitglieder ist das Gehilfenorgan „Danisko“ in der gleichen Anzahl abnominiert.

Der Mitgliederstand betrug Ende Dezember 1912 ungefähr 5800, das Verbandsvermögen war zu dieser Zeit auf mehr als 100 000 Kr. angewachsen. Der finanzielle Stand der Organisation ist also ein sehr günstiger zu nennen.

Keine Nachrichten aus der Arbeiter-Internationale. Großbritannien. In den verschiedenen Ärgern der Arbeiterbewegung wird lebhaft ein Plan zur Vereinigung der Genossenschaften, der Gewerkschaften, die dem Gewerkschafts-Kongress angehören, sowie der Arbeiterpartei erörtert. Diese drei Gruppen haben zusammen 6½ Millionen Mitglieder. — Das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses beschloß, die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften zur Entsendung einer Delegation zum nächsten Kongress, der Anfang September in Manchester stattfindet, einzuladen. Die Generalkommission hat die Einladung angenommen. Bisher wurden nur die amerikanischen und kanadischen Gewerkschaften zu diesen Kongressen eingeladen. Es ist beabsichtigt, die anderen gewerkschaftlichen Landeszentralen jetzt ebenfalls einzuladen.

Belgien. Die gewerkschaftliche Landeszentrale empfahl den angeschlossenen Organisationen, in eine energische Agitation zur Eringung des freien Sonnabends-Nachmittags einzutreten. — Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften, die der Landeszentrale angehören, stieg von Anfang 1912 bis zum 1. Oktober 1912 von 78 845 auf 129 334. Inzwischen ist diese Zahl weiter gestiegen. — Partei und Gewerkschaften beschlossen den Generalstreik für den 14. April, da die Regierung bei ihrer Weigerung blieb, das allgemeine Wahlrecht zu gewähren.

Canada. Auf Betreiben des Gewerkschaftskartells in Prince Albert wurde den zahlreichen chinesischen Restaurantinhabern die Beschäftigung weißer Frauen und Mädchen verboten.

Dänemark. Der diesjährige Gewerkschaftskongress der sich mit der wichtigen Frage der Organisationsform befassen wird, findet am 23. April in Kopenhagen statt.

Finnland. Der Vorstehende der gewerkschaftlichen Landeszentrale, Tokoi, der Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Parlaments ist, wurde zum Parlamentspräsidenten gewählt.

Frankreich. Seit Jahren wird in manchen Gewerkschaften die auch schon auf den Gewerkschaftskongressen behandelte Frage, ob Gewerkschaftsbeamte nach Ablauf ihrer Wahlperiode wiedergewählt werden dürfen, heiß diskutiert. Vielfach ist diese generelle Forderung auch schon in die Praxis umgesetzt worden und zwar mit solchem Erfolge, daß jetzt sogar der frühere Sekretär der Landeszentrale, Griffuelhes, einer der geachteten Leiter der sozialistischen Bewegung, in einem Leitartikel der „Bataille Syndicaliste“ dagegen Stellung nimmt, indem er ausführt, daß bei der Wahl nicht die Sucht, einen neuen Mann bezw. einen Lehrling einzusetzen, maßgebend sein dürfe, sondern ausschließlich die Befähigung. — Die Sozialisten leiten der Deputiertenkammer einen Entwurf betr. der gesetzlichen Einführung des freien Sonnabendnachmittags für alle Arbeiter vor. — Das Organ des Bauarbeiterverbandes plädiert recht eifrig dafür, daß die jungen Gewerkschaftler sich die Kenntnis fremder Sprachen aneignen, damit ein zeitweiliger Austausch derselben mit geeigneten zensurlosen ausländischer Gewerkschaften stattfinden könne.

Italien. Der König erließ kürzlich eine Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen, durch welche zahlreiche wegen Streikvergehen usw. verurteilte Arbeiter ihre Freiheit wiedererlangten. Inzwischen allerdings hat die Verurteilungsmaschine gegen die Arbeiter weiter gewirkt wie immer. — In Neapel wurde der Generalstreik erklärt zum Protest gegen die von der Stadtverwaltung beschlossene Erhöhung des städtischen Einkommens um 5 Millionen Lire pro Jahr. Diese

Erhöhung war angeblich notwendig zur Deckung der Kosten, die der Tripoliskrieg verursacht.

Spanien. Aus Sevilla kommt die erste Nummer eines Wochenblattes der Maurergewerkschaft, ein lebendiges Zeichen des Fortschrittes, den die Arbeiterbewegung auch in jener schwarzen Gegend macht. — Die der gewerkschaftlichen Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaften zählten Anfang dieses Jahres 147 729 Mitglieder gegen rund 100 000 vor einem Jahre. Darunter befinden sich 80 000 Eisenbahner, deren Organisationsstärke sich in kurzer Zeit verdoppelte.

Süd-Afrika. In Kapstadt fand Anfang Januar der erste Kongress der Arbeiterpartei von Süd-Afrika statt. Der wichtigste Verhandlungspunkt betraf die Stellungnahme der organisierten Arbeiterchaft zu den Milchlehen. Es wurde beschlossen, auch die Regier und Ämtern zu den Gewerkschaften zuzustimmen und ihnen beim Kampf um bessere Arbeitsverhältnisse in jeder Beziehung beihilflich zu sein, wenn dieselben im übrigen die Forderung der Arbeiterpartei anerkennen, wonach die Vermischung der Rassen verhindert und der Beschlag zwischen Weißen und Negern schwer bestraft werden soll. — Dem Verbands der Gewerkschaften Süd-Afrikas gehören rund 15 000 Mitglieder an.

Ver. Staaten. Nach einem offiziellen Bericht sind bisher bei dem Bau einer neuen Wasserleitung nach New York, bei dem 11 000 Mann beschäftigt sind, 200 Arbeiter getötet und 2800 schwer verletzt worden, meist durch Dynamitexplosionen. Dieser traurige Rekord wird drüber nur vom Panamakanal übertraffen, bei dessen Bau in acht Jahren 1087 Menschenleben verloren gingen.

Neueste Entwicklung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Nach dem von der American Federation of Labor anlässlich ihrer 32. Jahresversammlung zu Ende November vorigen Jahres veröffentlichten Berichte belief sich die Gesamtmitgliederzahl dieser weitans stärksten Vereinigung amerikanischer Gewerkschaften zu Ende September 1912 auf 1 841 286 Mitglieder. In abgerundeten Durchschnittsziffern zeigt die American Federation of Labor folgende Entwicklung ihrer Mitgliedschaft während der drei Jahrzehnte ihres Bestehens:

1881	50 000	1906	1 454 000
1891	240 000	1907	1 538 000
1901	787 000	1908	1 586 000
1902	1 024 000	1909	1 482 000
1903	1 485 000	1910	1 562 000
1904	1 676 000	1911	1 761 000
1905	1 494 000	1912	1 770 000

In einem Ueberblick über die finanzielle Entwicklung der American Federation of Labor kommt der gewaltige Aufschwung dieses Gewerkschaftsverbandes womöglich noch deutlicher zum Ausdruck. Im Jahre 1881 belief sich das Budget des Verbandes in Einnahmen auf 174 Dollars, in Ausgaben auf 154 Dollars, im Jahre 1911 beliefen sich die entsprechenden Ziffern auf 182 188 und 175 524 Dollars und 1912 betragen sie 207 373 und 277 479 Dollars. Hier zeigen sich die Folgen der äußerst kostspieligen Verteilung der Brüder Macnamara. Was die Streikbewegung anbelangt, so waren die in der Federation vereinigten Gewerkschaften während des Berichtsjahres an 716 Streiks beteiligt, bei denen im ganzen 73 069 Arbeiter die Arbeit niederlegten. Gewonnen wurden 378 Streiks, 58 wurden auf dem Wege des Vergleichs erledigt, 275 sind noch nicht beendet und 61 endeten mit der Niederlage der Streikenden.

Die Angaben über die Entwicklung der übrigen Gewerkschaftsverbände und Arbeiterorganisationen sind weniger zuverlässig, was zum Teil damit zusammenhängt, daß diese Verbände sich sehr auf dem absteigenden Aste befinden. Die einst so mächtigen „Arbeitsritter“ (Knights of Labor), die um Mitte der achtziger Jahre den Gipfel ihrer Entwicklung erreicht hatten, sind heute zur Bedeutungslosigkeit zusammengesunken. Ihre Einnahmen hatten 1887 die Höchstzahl von 497 000 Dollars erreicht, während sie jetzt 1901 nur noch 10 956 Dollars betragen. Dagegen besitzen die unabhängigen Eisenbahnerorganisationen immerhin einige Hunderttausend Mitglieder, während die sozialistischen „Industrial Workers of the World“ einige Zehntausend Mitglieder zählen. Eine Schätzung der Gesamtzahl der organisierten Arbeiter der Vereinigten Staaten wird somit etwa auf eine Ziffer von zwei und einer halben Million Arbeiter herauskommen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die American Federation 112 sogenannte internationale Gewerkschaften einschließt, d. h. Organisationen, welche sowohl Arbeiter der Vereinigten Staaten wie auch kanadische Arbeiter umfassen.